

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Steuerschätzung vor drei Wochen und die Vorlage des Haushaltes 2003 und des Nachtragshaushaltes 2002 offenbaren eine der größten Krisen der öffentlichen Hand in der Geschichte der Bundesregierung. Die Anhebung der Neuverschuldung des Bundes in 2002 auf 34,6 Mrd. Euro bedeutet die zweitgrößte Nettokreditaufnahme und zugleich die größte Schuldenzielverfehlung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem geschätzten Maastricht-Defizit von 3,8% des BIP ist Deutschland finanzpolitisch in allen Disziplinen weit hinter den Beginn der rot-grünen Regierungsverantwortung zurückgefallen. Und im Unterschied zu 1998 zeigt der Trendzeiger nicht nach oben, sondern nach unten.

Der Haushalt 2003 weist derart unseriöse Sparansätze auf (rund 2 Mrd. Euro „globale Mindersausgaben“, zu geringer BA-Zuschuss), dass es für den Bundesfinanzminister wahrscheinlich nur zwei Alternativen gibt: Entweder er gibt nach den Februarwahlen weitere Streich- und Steuervorhaben bekannt, oder er gerät im Herbst 2003 erneut in die Gefahr, eine Maastricht-Verletzung und einen Nachtragshaushalt ankündigen zu müssen.

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- Regierung unter Druck...S.2
- Einsetzung des Untersuchungsausschusses „Wahlbetrug 2002 „ ...S.3
- Konjunkturindikatoren weiter negativ ...S.4
- Neuer Pleiten-Rekord erwartet ...S.5
- Angst vor Arbeitslosigkeit bei deutschen Jugendlichen...S.5
- Ermittlungen gegen SPD-Schatzmeisterin ...S.5
- Kanzler nur mit Steuersong erfolgreich ...S.6
- Auch das noch: Roland Kaiser wird SPD-Mitglied ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Regierung unter Druck



▶▶ Auf allen zentralen Politikfeldern bleibt die Regierung in der selbstverschuldeten Defensive. In dieser Woche wurde bekannt gegeben, dass die **November-Arbeitslosigkeit** einen neuen Höchststand seit fünf Jahren erreicht. Dazu passt, dass Herr Hartz nicht nur den arbeitsmarktpolitischen Gesetzen seinen Namen entzogen, sondern für die Regierung auch das Versprechen der Halbierung der Arbeitslosigkeit zurückgenommen hat.

Die Bürger erleben in der **Steuerpolitik**, dass auch Chaos noch gesteigert werden kann. Das Hin- und Her bei der Besteuerung von Wertpapieren und Immobilien ist in Runde Vier eingetreten. Nach zuerst völliger Aufhebung der Spekulationsfristen, dann einer Verlängerung der Spekulationsfristen, dann dem Entschluss für eine Pauschalbesteuerung ist jetzt immer noch unklar, wie Wertpapier- und Investmentfonds vor zum Teil drastischer Benachteiligung geschützt werden können.

Die **Vermögenssteuerpläne** der von der Bundesregierung vorgeschickten Herren Gabriel und Bökel lehnen wir ab, weil sie Kapital und Arbeitsplätze außer Landes treiben. Aus Verfassungsgründen können sie nicht die ganz großen Vermögen erreichen, sondern müssen vor allem den Mittelstand treffen. Die Bürokratielasten dürften schon alleine wegen der beständig neuen Immobilienbewertung immens werden. Die Absicht, mit einer „Neidsteuer“ zu verbergen, dass einige Landesregierungen wie die niedersächsische sich nicht trauen, wirkliche Prioritäten zugunsten der Bildung zu setzen, ist offensichtlich. Wir sind der Meinung, dass in einem stärker wettbewerblich orientierten Föderalismus den roten Landesregierungen ihr Weg zum angeblichen ökonomischen Glück nicht bundeseinheitlich verstellt werden sollte. So wird der Unterschied zwischen Union und Sozialdemokratie in ordnungspolitischen Grundsätzen auch auf Länderebene deutlicher.

Mit den Äußerungen von Herrn Müntefering am Wochenende im Hinblick auf weitere Steuererhöhungen, weil der Staat dies nun einmal brauche, ist nun der gedankliche Weg völlig frei für diverse Arten von Volksbeglückungsabgaben. Nach dem 2. Februar muss vor dem Hintergrund solcher Äußerungen das schlimmste befürchtet werden.



Im **Rentenbericht** der Bundesregierung versucht die Sozialministerin von der augenblicklichen Krise durch rosige Aussichten in der fernerer Zukunft abzulenken. So soll der Rentenbeitragssatz jetzt aber ganz sicher stabil bei 19,5 % bleiben und präzise getimt ab 2007, also nach der politischen Rechenschaftspflicht im Wahljahr 2006 sinken.

Ingrid Fischbach: „Die Vorausschau basiert u.a. auf einem plötzlich einsetzenden durchschnittlichen Beschäftigungszuwachs von über 300.000 Beschäftigten pro Jahr von 2004 bis 2006 und ist damit ebenso unseriös wie das Versprechen des SPD-Generalsekretärs, bis 2010 seien keine weiteren Rentenreformen notwendig.“

Die Defizite in der **GKV** für 2002 sind entgegen der wenige Wochen alten Erklärung der Sozialministerin auf mindestens 3 Mrd. Euro gestiegen. Die Kassen werden ihre Beitragssätze trotz des gesetzlichen Not-Stopps auf durchschnittlich 14,2% bis 14,5% erhöhen. Dabei war dies von Frau Schmidt vor wenigen Wochen „verboten“ worden. Realität ist, wenn Frau Schmidt redet und das Gegenteil geschieht. <<<

Einsetzung des Untersuchungsausschusses

„Wahlbetrug 2002“

▶▶ Auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der die Frage klären soll, welche Informationen die Bundesregierung während des zurückliegenden Wahlkampfes zurückgehalten oder verfälscht dargestellt hat.



Spruch der Woche

"Wir sind im Grunde ein Portugal mit schlechtem Wetter."

Harald Schmidt,
TV-Entertainer, über den
Zustand von Deutschland



Mit dieser Maßnahme nehmen wir unseren Oppositionsauftrag als Anwalt der vielen *enttäuschten* und *getäuschten* Wählerinnen und Wählern wahr.

Ingrid Fischbach: “ Der berechtigte Unmut und Protest, der seit Wochen die Stimmung im Lande beherrscht, wird so im Bundestag zum Ausdruck gebracht und in konstruktive parlamentarische Kanäle geleitet. Der Wahlbetrug ist geschehen. Nun geht es darum, politische Mindeststandards über die **Informationspflichten von Amtsinhabern und Regierungen in der Zukunft** festzulegen.“ <<<

Konjunkturindikatoren weiter negativ

▶▶ Das Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo) hat im November zum sechsten Mal in Folge eine Verschlechterung der Stimmung in der deutschen Wirtschaft gemessen. Der **Ifo-Index** für Westdeutschland ging von 87,7 auf 87,3 zurück. In Ostdeutschland war der Rückgang noch stärker: der Index sank von 97,8 auf 95,0. Besonders negativ beurteilen die Unternehmen die Aussichten für die nächsten sechs Monate. (Quelle: Reuters 26.11.2002)

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) befürchtet sogar „*einen Sturzflug der Konjunktur in der ersten Jahreshälfte 2003*“. Der **ZEW-Konjunkturindikator** (Saldo aus positiven und negativen Erwartungen) brach im November von 23,4 auf 4,2 Punkte ein. (Quelle: FAZ 13.11.2002)

Der **Konsumklima-Index** der Gesellschaft für Konsumgüterforschung (GfK) ist im November mit 5,5 Punkten auf den tiefsten Stand seit seiner erstmaligen Erhebung im Jahr 1980 gesunken. Die zum Jahresbeginn greifenden Mehrbelastungen für die Konsumenten lassen laut GfK im Januar einen weiteren Rückgang befürchten.

(Quelle: FAZ 29.11.2002) <<<

Neuer Pleiten-Rekord erwartet

►► Der Bundesverband Deutscher Unternehmensberater (BDU) rechnet für das nächste Jahr mit einem neuen Rekord bei Firmenpleiten. Nachdem 2002 rund 40.000 Insolvenzfälle zu verzeichnen waren, rechnet der BDU für 2003 mit einer Steigerung dieses Pleiten-Rekords um bis zu 10%. Ein Grund seien die Pläne der Bundesregierung, Immobilienverkäufe mit einer Wertzuwachsteuer zu belegen und die Abzugsfähigkeit von Verlusten bei Kapitalgesellschaften abzubauen. Diese Maßnahmen würden laut BDU die Aussichten für den Erfolg von Unternehmenssanierungen erheblich einschränken.

(Quelle: dpa 27.11.2002) ◀◀



Angst vor Arbeitslosigkeit bei deutschen

Jugendlichen

►► Laut einer Studie der Universität Bonn haben junge Menschen in Deutschland im Hinblick auf ihre berufliche Zukunft größere Sorgen als ihre Altergenossen in den meisten anderen EU-Ländern.

Ingrid Fischbach: „In einer Umfrage unter 11.000 Jugendlichen in ganz Europa gaben 38% der befragten Deutschen an, sie hätten Angst davor, nach ihrer Ausbildung keinen Job zu finden. Das ist im EU-Ländervergleich der zweithöchste Wert.“

Während das Thema „Arbeitslosigkeit“ europaweit nur auf Platz sechs der größten Ängste rangiert, liegt es bei jungen Deutschen auf Platz drei. (Quelle: AP 26.11.2002) ◀◀

Ermittlungen gegen SPD-Schatzmeisterin

►► Laut einem Bericht der „Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung“ hat die Berliner Staatsanwaltschaft Vorermittlungen gegen



Wußten Sie schon,

... dass die Kinderzahl nicht durch höhere Kindergeldzahlungen steigt ?

In Deutschland erhält eine Familie mit zwei Kindern jeden Monat insgesamt 308 Euro Kindergeld – unter allen EU-Ländern zahlt nur Luxemburg mehr. Doch bei den Geburten liegt Deutschland mit gut neun Geburten je 1000 Einwohner am Schluss.

Zum Vergleich: Frankreich-mit 109 Euro beim Kindergeld im unteren Drittel-kommt mit 12,6 Geburten je 1000 Einwohner auf die vierthöchste Geburtenrate aller EU-Länder.

SPD-Bundesschatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier aufgenommen; es geht um den Anfangsverdacht auf Betrug zum Nachteil des Bundestages sowie Untreue gegenüber der SPD. Wettig-Danielmeier soll eine Spende des Baulöwen Uwe Clees über eine halbe Million Mark für den Wahlkampf des selbst unter Anklage stehenden Wuppertaler Oberbürgermeisters Hans Kremendahl (SPD) angenommen und diese widerrechtlich in den Rechenschaftsbericht der SPD aufgenommen haben. (Quelle: dpa 27.11.2002) <<<



Kanzler nur mit Steuersong erfolgreich

▶▶ Seit zwei Wochen steht der „Steuersong“ auf Platz 1 der deutschen Hitparade. Selbst US-Zeitungen berichten über die bittere Satire-Nummer und CNN strahlte Ausschnitte des zugehörigen Videos aus. Jetzt plant der vom Erfolg überraschte Kanzlerimitator Elmar Brandt schon einen zweiten Teil, in dem es unter anderem auch um eine „Haarfärbesteuer“ gehen soll. (dpa 27.11.2002).

Übrigens: Vor zwanzig Jahren war die Stimmung deutlich besser; nachdem Helmut Kohl das Amt des Bundeskanzlers übernommen hatte, lautete der Hit des Winters 1982/83: „Wir steigern das Bruttosozialprodukt“. <<<

Auch das noch: Roland Kaiser wird SPD-Mitglied

▶▶ Angesichts der Tatsache, dass derzeit wahrscheinlich viele Genossen ihrer Partei wütend den Rücken kehren, wollte es sich SPD-Generalsekretär Olaf Scholz nicht nehmen lassen, dem Neumitglied aus der Musikbranche das Parteibuch persönlich zu überreichen. Wie kommt es zum antizyklischen Verhalten des Schlagersängers? Eine mögliche Erklärung: Kaiser sang schon 1992: „Lüg mich bitte an!“ <<<



... das Allerletzte!

Der aus dem Bundestag ausgeschiedene, frühere haushaltspolitische Sprecher der Grünen kommt von der Politik nicht los. Im Moment wirbelt Oswald Metzger von Talkshow zu Talkshow und heizt der Bundesregierung gehörig ein. Weil er jüngst sagte, Finanzminister Hans Eichel habe schon vor der Bundestagswahl gewusst, dass Deutschland die Defizitquote von drei Prozent überschreiten werde, wurde er vom stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Joachim Poß gar als Wichtigtuer beschimpft. Metzger sieht sich durch so viel Feind politisch eher gestärkt: „Zu den Bundestagswahlen 2006 werde ich auf jeden Fall wieder antreten.“